

Dienstag, 14. März 2023

9.00 Vorstellung EhAP+ Modellprojekt „Social Media Streetwork – Mehrsprachige Erstinformation und Verweisberatung in sozialen Medien gegen Marginalisierung“

Präsentation und Austausch

Input: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH, Berlin
BAG W, Berlin

10.00 Pause

10.15 Arbeitsgruppen – zweiter Durchgang

Wiederholung der Arbeitsgruppen **eins bis drei** sowie Einzeldurchlauf der Arbeitsgruppe fünf

AG 5 Vulnerabel in der Vulnerabilität

Die Realität der EU-Zuwanderung birgt für besonders vulnerable Gruppen auch Erfahrungen von Sexarbeit, Drogenkonsum und Wohnungslosigkeit. Sie unterliegen Mehrfachstigmatisierungen und erfahren Diskriminierung. Die AG zeigt die Situation besonders vulnerabler Gruppen (Frauen und LGBTIQ) in Hinblick auf Sexarbeit und Prostituiertenschutz auf und diskutiert Handlungswege, wie die Hamburger Erfahrungen zur Hotelunterbringung von Sexarbeitenden in Not.

Input: Fabio **Casagrande**, Referatsleitung Prostituiertenschutz Amt für Arbeit und Integration, Freie und Hansestadt Hamburg
Gudrun **Greb**, Leiterin der Beratungsstelle ragazza e.V., Hamburg

Moderation: Andrea **Hniopek**, Referentin und stellvertretende Abteilungsleiterin Soziale Sicherung und Teilhabe, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V.

11.45 Pause

12.15 Ausschluss forever? – Podiumsdiskussion zu den Handlungsbedarfen und Handlungsmöglichkeiten auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen

Es diskutieren:

Annett **Jura**, Abteilungsleiterin Wohnungswesen und Immobilienwirtschaft, Bundesministerium für Wohnen Stadtentwicklung und Bauwesen, Berlin

Michael **Klahn**, Leiter, Amt für Soziales, Freie und Hansestadt Hamburg

Gerhard **Mayer**, Leiter, Amt für Wohnen und Migration, Landeshauptstadt München

Werena **Rosenke**, Geschäftsführerin der BAG W, Berlin

Claudius **Voigt**, GGUA, Münster

13.30 Verabschiedung und Tagungsende

Ausstellungsbesuch: Während der Tagung besteht die Möglichkeit, im MKG die Ausstellung „WHO'S NEXT? Obdachlosigkeit, Architektur und die Stadt“ kostenfrei zu besuchen.

Organisationshinweise

Veranstalterin:

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.

Tel.: (030) 2 84 45 37-0

E-Mail: info@bagw.de, www.bagw.de

Tagungsleitung:

Joachim Krauß, Fachreferent der BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Berlin, joachimkrauss@bagw.de, Tel.: (030) 2 84 45 37-21

Tagungsort:

Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz, 20099 Hamburg, www.mkg-hamburg.de

Anreise:

Sie erreichen den Tagungsort vom Hamburger Hauptbahnhof zu Fuß in fünf Minuten.

Für Anreisende mit dem Auto ist das nächstgelegene Parkhaus der Hühnerposten. Vor dem Museum, auf dem Steintorplatz, befinden sich kostenpflichtige Parkplätze für Kurzparker. Für Teilnehmende mit Mobilitätseinschränkungen stehen hier kostenlose Parkmöglichkeiten bereit.

Zimmerreservierung:

Bitte reservieren Sie frühzeitig Ihr Zimmer in Hamburg.

Anmeldungen:

Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung mit dem beigefügten Vordruck bis spätestens zum **28. Februar 2023** an die o. g. Anschrift der Veranstalterin.

Tagungsbeitrag:

€ 168,00 für Mitglieder der BAG W,

€ 210,00 für Nichtmitglieder,

€ 105,00 Studierende und ALG II-Beziehende

Betroffene sind vom Tagungsbeitrag befreit

Im Tagungsbeitrag sind 1 x Abendessen, Kaffeepausen, Mittagsimbiss und Tagungsgetränke enthalten.

Bitte beachten Sie: Sollte die Veranstaltung pandemiebedingt nicht in Präsenz durchführbar sein, erfolgt die Umsetzung im digitalen Format. Der Tagungsbeitrag wird in diesem Fall entsprechend angepasst.

Bezahlung:

Nach erfolgter Anmeldung erhalten Sie über den Tagungsbeitrag von der BAG W eine Rechnung.

Rücktritt:

Später als zehn Tage vor Veranstaltungsbeginn (03.03.2023) werden 30 % berechnet. Später als vier Tage davor (09.03.2023) werden 70 % berechnet. Mit Tagungsbeginn werden 100 % berechnet. Stornierungen werden nur schriftlich akzeptiert.

Fachtagung Migration und Wohnungslosenhilfe



Ungeteilt solidarisch

Wohnungsnotfallhilfen gegen die Verelendung von Unionsbürger:innen in Deutschland

13. bis 14. März 2023
Hamburg

Museum für Kunst und Gewerbe
Steintorplatz
20099 Hamburg

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe e. V.**

Ungeteilt solidarisch

Wohnungsnotfallhilfen gegen die Verelendung von Unionsbürger:innen in Deutschland

Die prekäre Lebenssituation von Unionsbürger:innen ist eine drängende Aufgabe in den Diensten der Wohnungsnotfallhilfe. Durch die hohe Sichtbarkeit von Armut und Verelendung insbesondere in den deutschen Großstädten wird seit über zehn Jahren der Diskurs über die „Straßenobdachlosigkeit“ anhand von Unionsbürger:innen geführt. Diese Menschen haben rechtlich begründet nur einen unzureichenden Zugang zu Hilfen in Wohnungsnotfällen, treffen auf Sprachbarrieren und erfahren auch in den Bereichen Arbeit, Bildung und Gesundheit erhebliche Ausgrenzungen. Ihre soziale und gesellschaftliche Teilhabe ist somit nicht gewährleistet, wovon vielfach Familien betroffen sind. Reale oder zugeschriebene Minderheitenzugehörigkeit macht sie zudem zum Ziel von Rassismus.

Unter dem politischen Schlagwort „Armutszuwanderung“ rückte das Thema kurz vor Vollzug der EU-Freizügigkeit für Arbeitnehmende aus Bulgarien und Rumänien im Jahr 2013 auf die bundespolitische Agenda und zog bis heute zahlreiche Rechtsänderungen nach sich. Aus der aktuellen Rechtslage wird noch immer der pauschale Hinweis abgeleitet, die sozialstaatlichen Systeme wären nicht verpflichtet, Unionsbürger:innen – ausgenommen die akute Existenzsicherung – zu unterstützen. Abseits der gerichtlichen Einzelfallprüfungen zum individuellen Rechtsanspruch sehen sich Kommunen und die freiverbandlichen Hilfen vor der Situation, dass nur niedrigschwellige Angebote, die zudem nur temporär und unzureichend finanziert sind, der Verelendung von Unionsbürger:innen entgegenwirken.

Mit der Fachtagung leistet die BAG W einen Beitrag zur Diskussion der in den letzten zehn Jahren entstandenen Handlungs- und Entscheidungsräume insbesondere auf kommunaler Ebene. Anhand der Arbeit mit EU-Zugewanderten werden Erfahrungen und Unterstützungsansätze vorgestellt und diskutiert.

In einigen Großstädten zeigen sich kommunale Handlungsstrategien, die an einer Verbesserung der Lebenssituation orientiert sind und auf die politischen Entscheidungsgremien einwirken. Diese Entwicklungen müssen sich auch auf der bundespolitischen Ebene widerspiegeln. Hierzu richtet sich die BAG W-Fachtagung an die Mitarbeitenden der freiverbandlichen Hilfen und der Kommunen sowie an Adressat:innen in Politik und Wissenschaft.

Während der Tagung ist die aktuelle Ausstellung „WHO'S NEXT? Obdachlosigkeit, Architektur und die Stadt“ im Museum für Kunst und Gewerbe für die Teilnehmenden geöffnet.

*Joachim Krauß, Fachreferent der BAG Wohnungslosenhilfe e. V.
Daniela Keeß, Vorsitz Projektgruppe Migration in der BAG W*

Montag, 13. März 2023

12.30 **Anreise, Anmeldung**

13.00 **Eröffnung und Grußworte**

Werena **Rosenke**, Geschäftsführerin der BAG W, Berlin
Prof. Tulga **Beyerle**, Direktorin, Museum für Kunst und Gewerbe, Hamburg

Michael **Klahn**, Leiter, Amt für Soziales, Freie und Hansestadt Hamburg

Tagungsmoderation: Daniela **Keeß**, Leiterin Abteilung Familie/besondere Lebenslagen, Internationaler Bund, Frankfurt/Main

13.15 **Der schwierige Umgang mit der Verelendung von Unionsbürger:innen**

Die Arbeitskräftezuwanderung im Zuge der EU-Erweiterung gilt für die deutsche Marktwirtschaft als absolut förderlich. Für sozialversicherte Beschäftigte ist die Absicherung EU-weit vereinbart. Nicht-(sozialversichert) Beschäftigte fallen in einem anderen Mitgliedstaat jedoch durch die sozialen Sicherungssysteme. Der Beitrag erklärt, warum es schwierig ist, hier der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Vortrag: Prof. Dr. Susanne K. **Schmidt**, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), Universität Bremen

14.10 **Unionsbürger:innen in den Hilfen – Integration in das Sozialsystem?**

Unionsbürger:innen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, begegnet oft die pauschale Haltung, die sozialstaatlichen Systeme wären nicht verpflichtet, sie abseits der akuten Existenzsicherung zu unterstützen. Die Rechtslage und Rechtspraxis beim Zugang zur sozialen Sicherung ist aber in Verbindung mit den aufenthaltsrechtlichen Fragen hochkomplex. Der Beitrag gibt wichtige Hinweise für den Praxisalltag.

Vortrag: Claudius **Voigt**, Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V., Münster

15.00 **Kaffeepause und Möglichkeit zum Besuch der Ausstellung „WHO'S NEXT“**

16.30 – **Arbeitsgruppen – erster Durchgang**

18.00 Die Arbeitsgruppen eins bis drei finden in zwei Durchgängen statt, vier und fünf nur einmal. Somit besteht die Möglichkeiten, an zwei Arbeitsgruppen teilzunehmen.

18.15 **Gemeinsames Abendessen**

20.00 – 21.00 **Sozialraum Hamburger Innenstadt** – Exkursion zu zwei Rettungsankern im Kampf gegen die Obdachlosigkeit

AG 1 Arbeiten – ja, Wohnen – egal?

Arbeitnehmende aus der EU gehören zur Wirklichkeit in den kommunalen Obdachlosenunterkünften. Sie gehen oft regelmäßiger Beschäftigung nach, können aber keinen regulären Wohnraum

mieten und sind prekären oder ausbeuterischen Wohnsituationen ausgesetzt. Wohnangebote für EU-Arbeitnehmende wären ein sinnvoller Baustein, um Wohnungsnotsituationen zu verhindern. Welche Bedingungen müssen dafür erfüllt sein? Wie kann die Umsetzung aussehen? Wie wird man den Bedarfslagen von Familien gerecht? Diese u. a. Fragen werden anhand von zwei kommunalen Ansätzen diskutiert.

Input: Andrea **Junge**, Leiterin Abteilung Wohnungslosenhilfe und Unterbringung, Zuwanderung aus der EU, Freie und Hansestadt Hamburg

Andrea **Sontheim**, Leiterin Fachbereich Akute Wohnungslosenhilfe, Amt für Wohnen u. Migration, Landeshauptstadt München

Moderation: Daniela **Keeß**

AG 2 Ordnungsrechtliche Unterbringungsverpflichtung vs. Leistungsausschluss

Nach Rechtslogik besteht kein Gegensatz zwischen Ordnungs- und Sozialrecht. Allerdings ist die jeweilige kommunale Praxis bei der Rechtswahrung gegenüber EU-Zugewanderten keineswegs widerspruchsfrei. Wie ist der rechtliche Rahmen und wie ist den realen Umsetzungsschwierigkeiten zu begegnen? Die AG zeigt, wie die kommunale Praxis zu gestalten ist und die Bedingungen der Unterbringung verbessert werden können.

Input: Michael **Braun**, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales, Berlin

Kommentar u. Moderation: Margarete **July**, Abteilungsleiterin Wohnraumversorgung, Köln

AG 3 Armut und Diskriminierung

Unter dem Stigma „Armutszuwanderung“ wurde insbesondere für Roma die Freizügigkeit als Arbeitnehmende in Zweifel gezogen. Die reale oder zugeschriebene Minderheitenzugehörigkeit macht EU-Zugewanderte noch immer zum Ziel von Rassismus. Die AG zeichnet den Prozess der Stigmatisierung mit den täglichen Konsequenzen nach und gibt Einblicke in die Herkunftskontexte.

Input: Joachim **Krauß**, Fachreferent BAG W, Berlin

Moderation: Claudia **Merten**, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V.

AG 4 Gesundheit – im Schatten der Regelversorgung

Jüngste Untersuchungen zeigen einen dramatischen Gesundheitszustand obdachloser Menschen. EU-Zugewanderte stellen hierunter eine große Gruppe. Fehlender oder ungeklärter Zugang zum gesundheitlichen Regelsystem erschwert oder macht substantielle Gesundheitsversorgung sogar unmöglich. Clearingstellen leisten einen unerlässlichen Beitrag zur rechtssicheren Gesundheitsversorgung. In dieser AG werden aktuelle Studienergebnisse und die konkrete Arbeitsweise einer Clearingstelle vorgestellt.

Input: Franziska **Bertram**, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

Christina **Hoffmann**, Leiterin Clearingstelle, Diakonie Gelsenkirchen

Moderation: Andrea **Hniopek**, Referentin und stellvertretende Abteilungsleiterin Soziale Sicherung und Teilhabe, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V.